

Juni 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Heizungsdebatte sorgt für Verunsicherung	5
Deutlicher Einbruch der Regierungszufriedenheit	7
Ansehensverluste für Wirtschaftsminister Habeck setzen sich fort	9
Kritik an Lage der Wirtschaft, gewachsene Unzufriedenheit mit eigener Situation	10
Sonntagsfrage: AfD mit Höchststand und gleichauf mit der SPD.....	11
AfD-Präferenz: einwanderungskritische Haltung am wichtigsten	13
Ukraine-Krieg: weiter Mehrheit gegen Lieferung deutscher Kampfflugzeuge	14
Studieninformation.....	16

Zusammenfassung

Die Berliner Regierungsparteien stehen seit mehreren Wochen wegen ihrer Umbaupläne für klimaschonendes Heizen in den Schlagzeilen, auch aufgrund koalitionsinterner Streitigkeiten. In der Diskussion über die Umstellung der Heizungsanlagen in Deutschland macht nach Ansicht von knapp jedem zweiten Bundesbürger keine der drei Ampelparteien eine gute Figur, während 19 Prozent am ehesten von den Liberalen, 14 Prozent von den Grünen und 10 Prozent von der SPD überzeugt sind. Drei Viertel der Wahlberechtigten werfen in der Heizungs-Debatte allerdings allen Parteien vor, einschließlich denen der Opposition, mehr an der eigenen Wirkung als an einer guten Lösung interessiert zu sein. Die bisherige Auseinandersetzung hat in der Bevölkerung für alles andere als Klarheit und Sicherheit gesorgt. Eine Mehrheit fühlt sich einerseits über die Pläne zur Umstellung auf klimaschonenderes Heizen ungenügend informiert und ist andererseits in Sorge, von den Maßnahmen finanziell überfordert zu werden. Dass der Staat den Übergang zu klimaschonenderen Heizungen auch über das Verbot alter Anlagen regeln will, polarisiert zugleich sichtbar und stößt bei jedem zweiten Bundesbürger auf Widerspruch.

Die fortlaufende Heizungsdebatte setzt dem zuständigen Grünen-Wirtschaftsminister im Bevölkerungsurteil weiter zu. Robert Habeck fällt auf einen neuen Tiefstand und zieht derzeit so viel Kritik auf sich wie kein anderer Bundespolitiker. Zugleich leidet das Gesamterscheinungsbild der Bundesregierung. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Ampel-Koalition fällt im Juni auf einen neuen Tiefwert. Acht von zehn stoßen sich daran, dass die Ampel-Parteien für die Lösung anstehender Probleme insgesamt zu lange brauchen. Ebenso viele vermissen klare Richtungsvorgaben durch den Bundeskanzler, darunter auch eine deutliche Mehrheit der SPD-Anhänger. Dass das Land bei der Ampel in guten Händen ist, ziehen momentan zwei Drittel in Zweifel, wobei die FDP-Anhänger deutliche Distanz gegenüber dem eigenen Regierungsbündnis erkennen lassen. Eine neue Bewährungsprobe für die Drei-Parteien-Koalition könnte die wirtschaftliche Entwicklung werden. Die Situation der deutschen Wirtschaft wird von den Bundesbürgern zwar trotz rezessiver Tendenzen besser bewertet als zuletzt, das kritische Urteil überwiegt jedoch mit zwei Dritteln nach wie vor deutlich. Zugleich beeinträchtigt die Inflation die wirtschaftliche Stimmung der Deutschen. Ein gutes Drittel empfindet seine persönliche wirtschaftliche Lage momentan als weniger gut oder schlecht, der bislang höchste Wert im seit 1997 bestehenden ARD-DeutschlandTREND.

In der bundespolitischen Stimmung bleibt die CDU/CSU weiter mit großem Vorsprung vorn. Die CDU/CSU käme aktuell bei einem Wahlgang auf 29 Prozent und liegt damit nur leicht schlechter als im Vormonat (-1). Die SPD legt im gleichen Umfang zu und käme auf 18 Prozent (+1). Ebenfalls 18 Prozent hätte die AfD in Aussicht, die sich damit um 2 Punkte verbessert. Die Grünen büßen im Monatsverlauf leicht ein und kämen aktuell auf 15 Prozent, für sie das schlechteste Umfrageergebnis im ARD-DeutschlandTREND seit September 2021. Die FDP würde weiter 7 Prozent erzielen. Die Linke würde mit 4 Prozent (-1) wieder leicht schlechter abschließen als vor einem Monat.

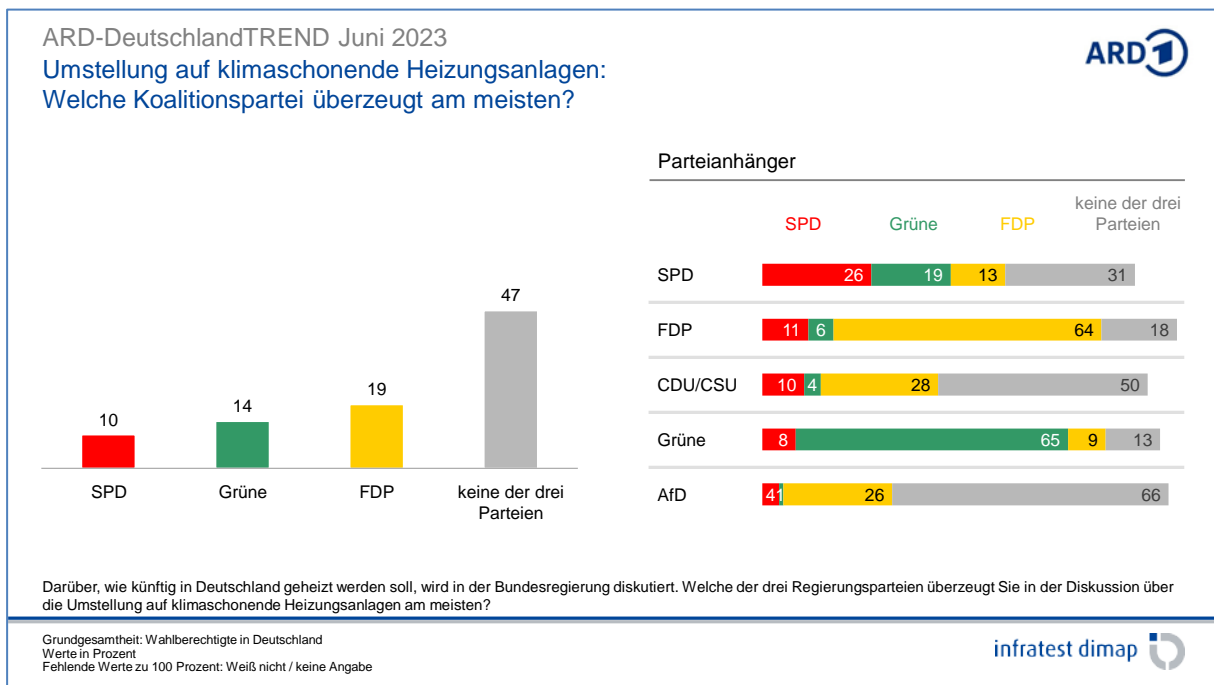
Die AfD erreicht mit 18 Prozent ihren bislang höchsten Wert in der Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTREND.¹ Thematisch begründen zwei Drittel der AfD-Anhänger ihre Parteipräferenz in erster Linie mit der Zuwanderung (65 Prozent). Einwanderungskritische Haltungen haben damit mit Abstand den größten Stellenwert für die AfD-Anhänger. Für 47 Prozent sind die aktuellen Debatten um Umwelt, Klima- und Energiefragen von Bedeutung, für 43 Prozent Wirtschaftsfragen. Die Mehrheit ihrer Anhänger gibt an, sich aktuell vor allem aus Distanz und Enttäuschung gegenüber den

¹ Letztmalig erreichte die AfD im September 2018 in der Erhebung für das ARD-Morgenmagazin diesen Wert.

anderen Parteien für die AfD zu entscheiden. Ein Drittel begründet die eigene Präferenz für die Partei damit, der AfD näher zu stehen und von ihr überzeugt zu sein.

Heizungsdebatte sorgt für Verunsicherung

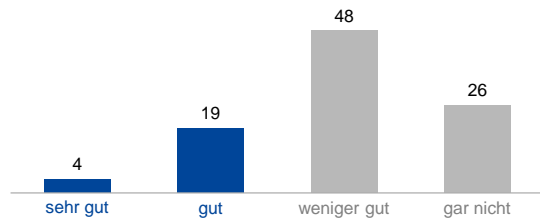
Die Berliner Regierungsparteien stehen seit mehreren Wochen wegen ihrer Umbaupläne für klimaschonendes Heizen in den Schlagzeilen, nicht zuletzt auch aufgrund koalitionsinterner Streitigkeiten. In der Diskussion über die Umstellung der Heizungsanlagen in Deutschland macht nach Ansicht von knapp jedem zweiten Bundesbürger (47 Prozent) keine der drei Ampelparteien eine gute Figur. 19 Prozent sind am ehesten von den Liberalen, 14 Prozent von den Grünen und 10 Prozent von der SPD überzeugt sind. Während in den Reihen von Grünen (65 Prozent) und FDP (64 Prozent) jeweils eine Mehrheit der eigenen Partei in der Auseinandersetzung ein positives Zeugnis ausstellt, überzeugt die SPD bei ihren Anhängern nicht einmal jeden Dritten (26 Prozent).



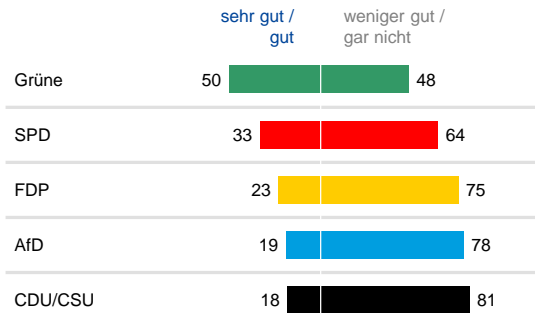
Drei Viertel der Wahlberechtigten (75 Prozent) werfen in der Heizungs-Debatte allerdings allen Parteien vor, einschließlich denen der Opposition, mehr an der eigenen Wirkung als an einer guten Lösung interessiert zu sein. Die bisherige Auseinandersetzung hat in der Bevölkerung für wenig Klarheit und Sicherheit gesorgt. Eine große Mehrheit fühlt sich einerseits über die Pläne zur Umstellung auf klimaschonenderes Heizen ungenügend informiert (74 Prozent) und ist andererseits in Sorge, von möglichen Maßnahmen finanziell überfordert zu werden (67 Prozent). Dass der Staat den Übergang zu klimaschonenderen Heizungen auch über das Verbot alter Anlagen regeln will, polarisiert zugleich sichtbar und stößt bei jedem zweiten Bundesbürger auf Widerspruch (49 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND Juni 2023

Informiertheit über Pläne zur Umstellung auf klimaschonende Heizungsanlagen



Parteianhänger



Wie gut fühlen Sie sich über die Pläne der Bundesregierung zur Umstellung auf klimaschonende Heizungsanlagen in Deutschland informiert?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

ARD-DeutschlandTREND Juni 2023

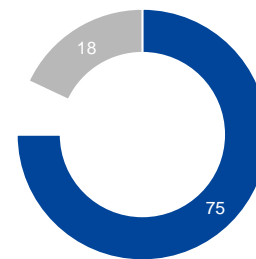
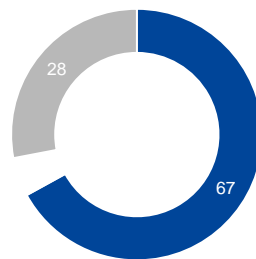
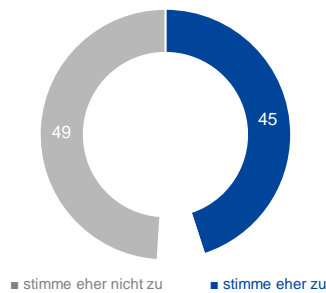
Umstellung auf klimaschonende Heizungsanlagen



Ich finde es richtig, dass der Staat klimaschädliche Heizungen in absehbarer Zeit verbieten will.

Ich mache mir Sorgen, dass die geplanten Maßnahmen zum klimaschonenden Heizen mich finanziell überfordern werden.

Beim Streit um klimaschonende Heizungsanlagen geht es den Parteien von Regierung und Opposition mehr um die eigene Wirkung als um eine gute Lösung.

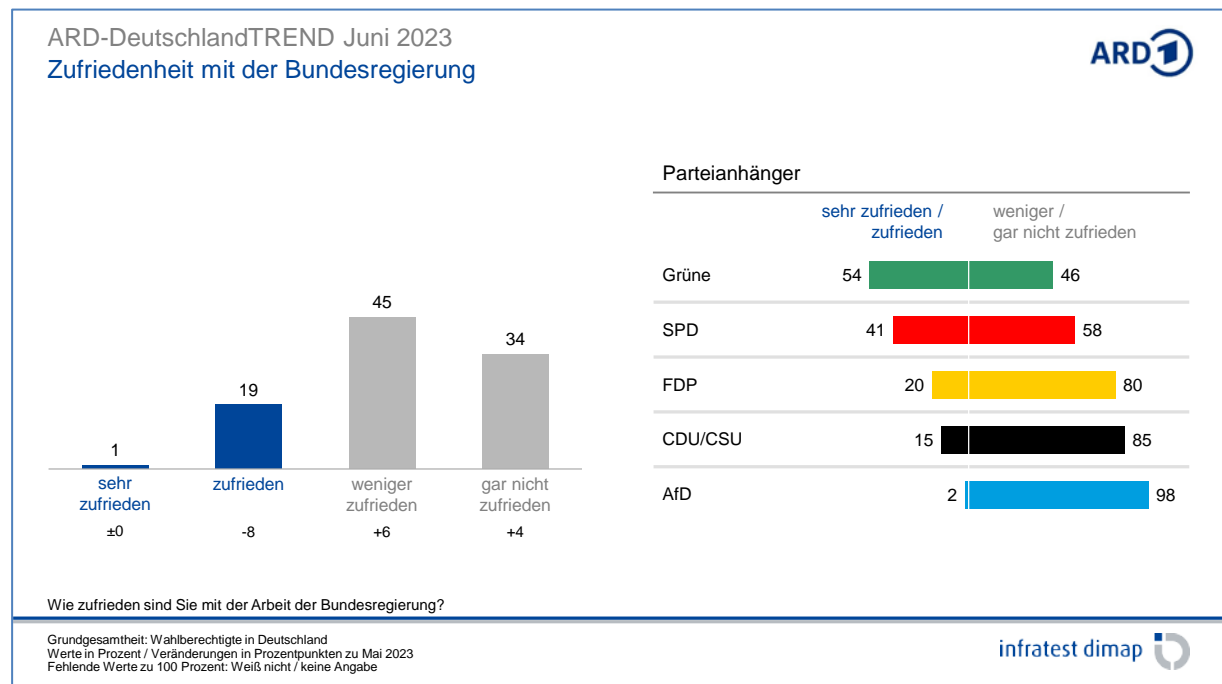


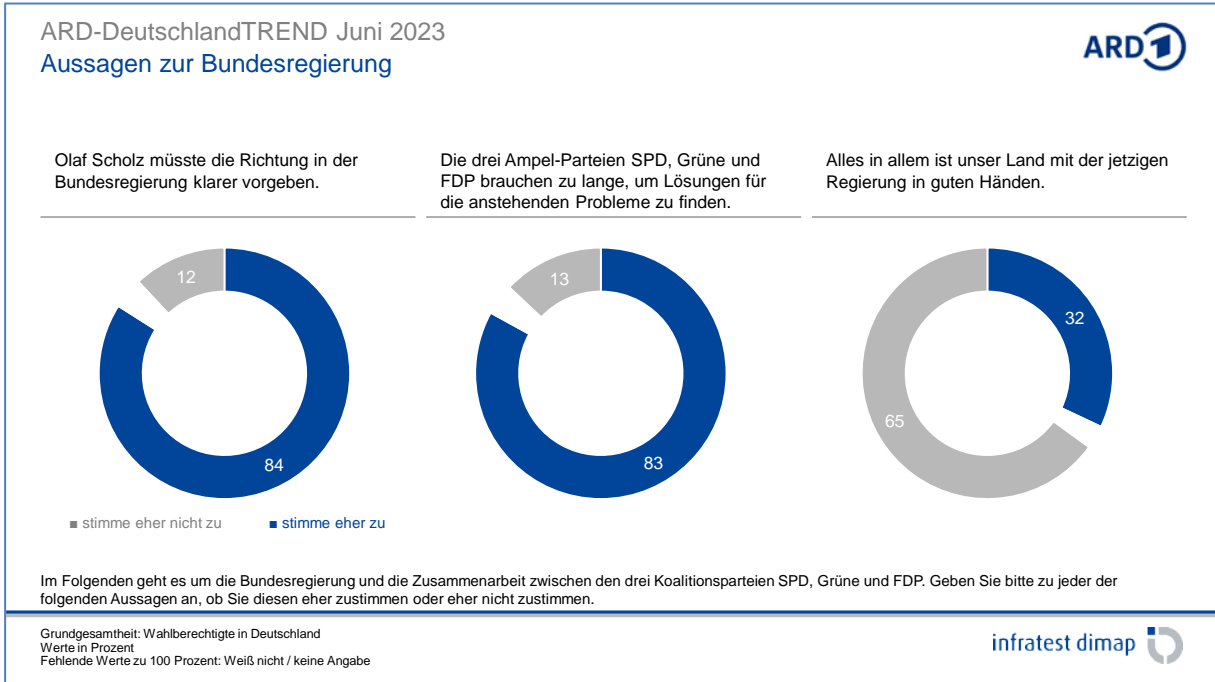
Geben Sie bitte zu den folgenden Aussagen an, ob Sie ihnen eher zustimmen oder nicht.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

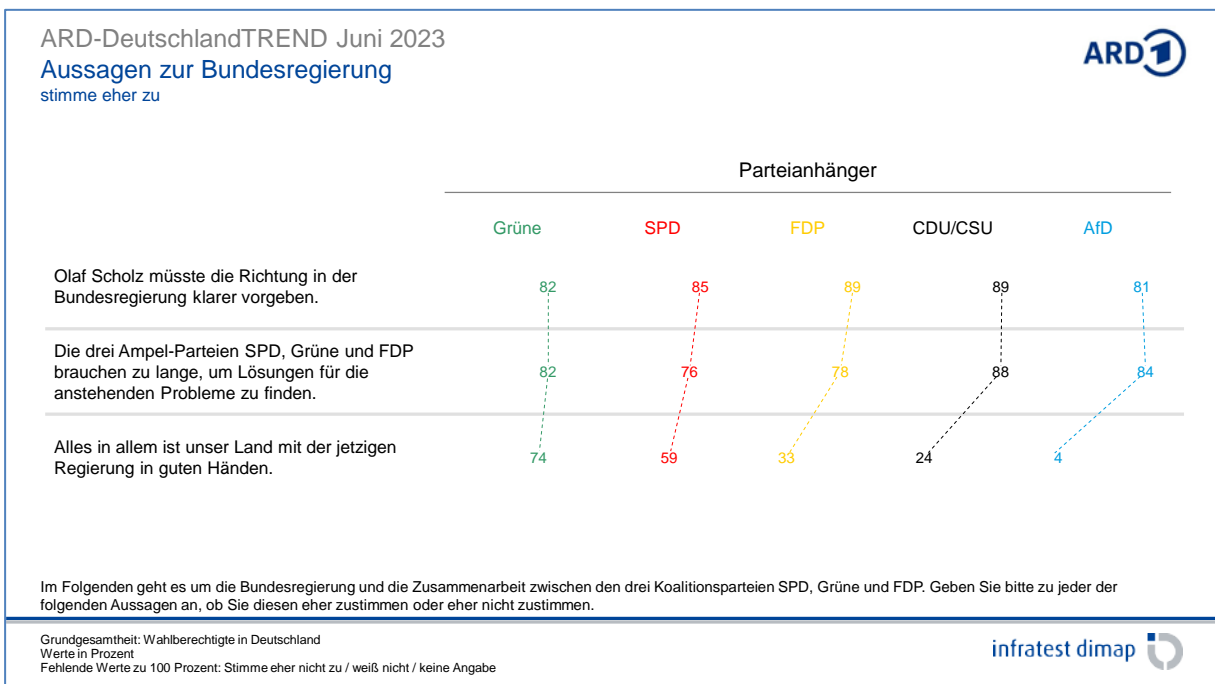
Deutlicher Einbruch der Regierungszufriedenheit

Dem Gesamterscheinungsbild der Bundesregierung ist die Heizungs-Debatte alles andere als unterstützbar. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Ampel-Koalition geht im Juni deutlich zurück und fällt auf einen neuen Tiefstwert in der laufenden Legislaturperiode. Nur jeder Fünfte (20 Prozent; -8) stellt der Koalition ein gutes Zeugnis aus, acht von zehn (79 Prozent; +10) äußern sich kritisch. In den Reihen der Grünen (54:46 Prozent) gelangt aktuell nur noch etwa die Hälfte zu einem positiven Urteil. Bei den SPD-Anhängern überwiegt mittlerweile die Unzufriedenheit (41:58 Prozent), während die Kritik der FDP-Anhänger an den Koalitionsleistungen (20:80 Prozent) ähnlich deutlich ausfällt wie in den Reihen der oppositionellen Union (15:85 Prozent).



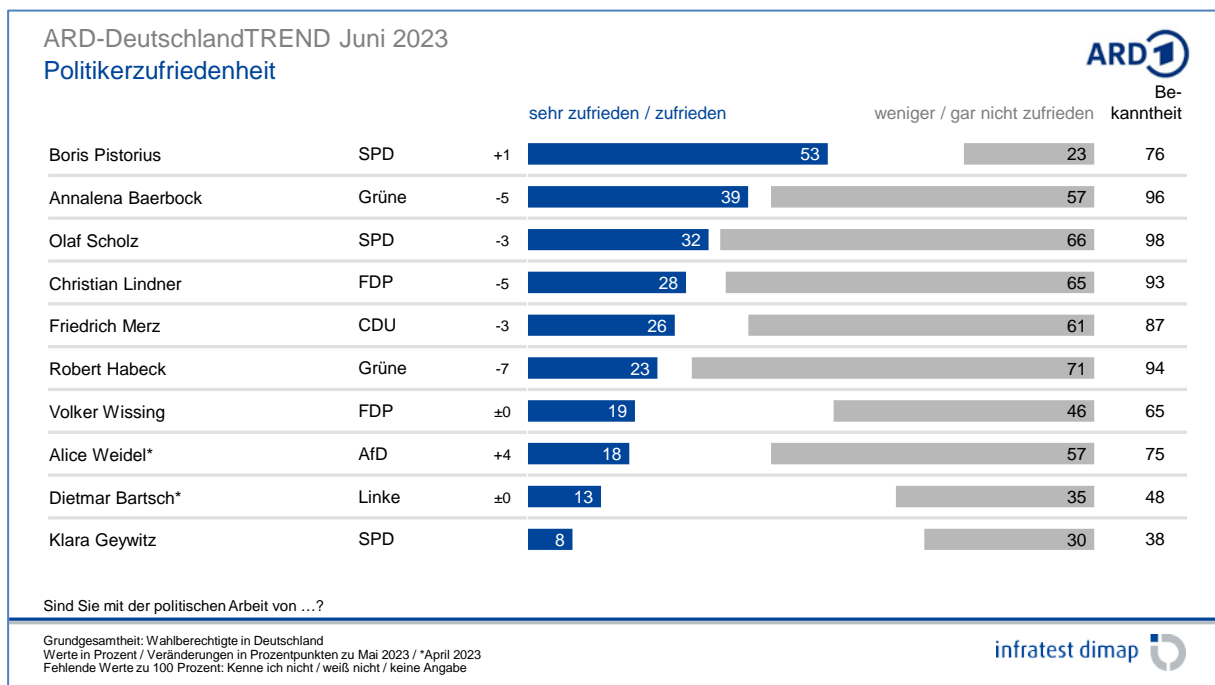


Acht von zehn (83 Prozent) stoßen sich daran, dass die Ampel-Parteien für die Lösung anstehender Probleme insgesamt zu lange brauchen. Ebenso viele vermissen klare Richtungsvorgaben durch den Bundeskanzler (84 Prozent), darunter auch eine große Mehrheit der SPD-Anhänger (85 Prozent). Dass das Land bei der jetzigen Regierung in guten Händen ist, ziehen momentan zwei Drittel (65 Prozent) in Zweifel, wobei wiederum die FDP-Anhänger deutliche Distanz gegenüber der eigenen Koalition (33:67 Prozent) erkennen lassen.



Ansehensverluste für Wirtschaftsminister Habeck setzen sich fort

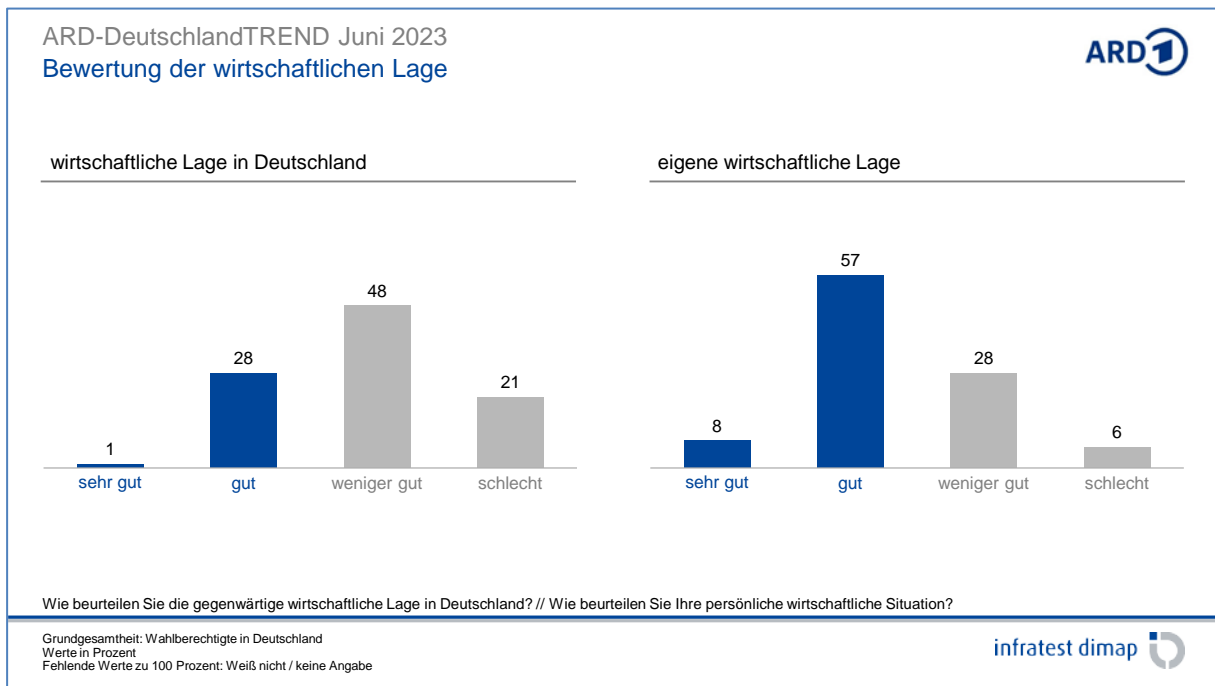
Der Ansehensverlust von Wirtschaftsminister Robert Habeck hat sich in den vergangenen vier Wochen fortgesetzt. 23 Prozent (-7) sind mit seiner Arbeit zufrieden. Der Grünen-Politiker fällt damit im Bevölkerungsurteil auf einen neuen persönlichen Tiefstwert im aktuellen Ministeramt und hinter den Unions-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz (26 Prozent; -3). Angeführt wird die Politikerliste auch im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von Verteidigungsminister Boris Pistorius (53 Prozent; +1). Er bleibt nach wie vor der einzige Bundespolitiker mit mehr Zustimmung als Ablehnung. Ihm folgt mit mittlerweile sichtbarem Rückstand und einem Zuspruch von 39 Prozent (-5) Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock. Mit der Arbeit von SPD-Kanzler Olaf Scholz ist etwa ein Drittel (32 Prozent; -3) zufrieden, auch für ihn ein neuer Negativwert als Bundeskanzler. FDP-Finanzminister Christian Lindner überzeugt knapp drei von zehn (28 Prozent, -5).



Verkehrsminister Volker Wissing findet wie im Vormonat Zustimmung von jedem fünften Bundesbürger (19 Prozent, +/-0). Auf ähnlich viel Zuspruch kommt die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (18 Prozent; +4 zu April). Auf den hinteren Plätzen im Bevölkerungsurteil rangiert Linken-Fraktions-Chef Dietmar Bartsch (13 Prozent; +/-0 zu April). Das Schlusslicht im aktuellen Politikerranking bildet Bundesbauministerin Klara Geywitz (8 Prozent), die allerdings auch nach anderthalb Jahren im Amt einer großen Mehrzahl der Bundesbürger kein Begriff ist.

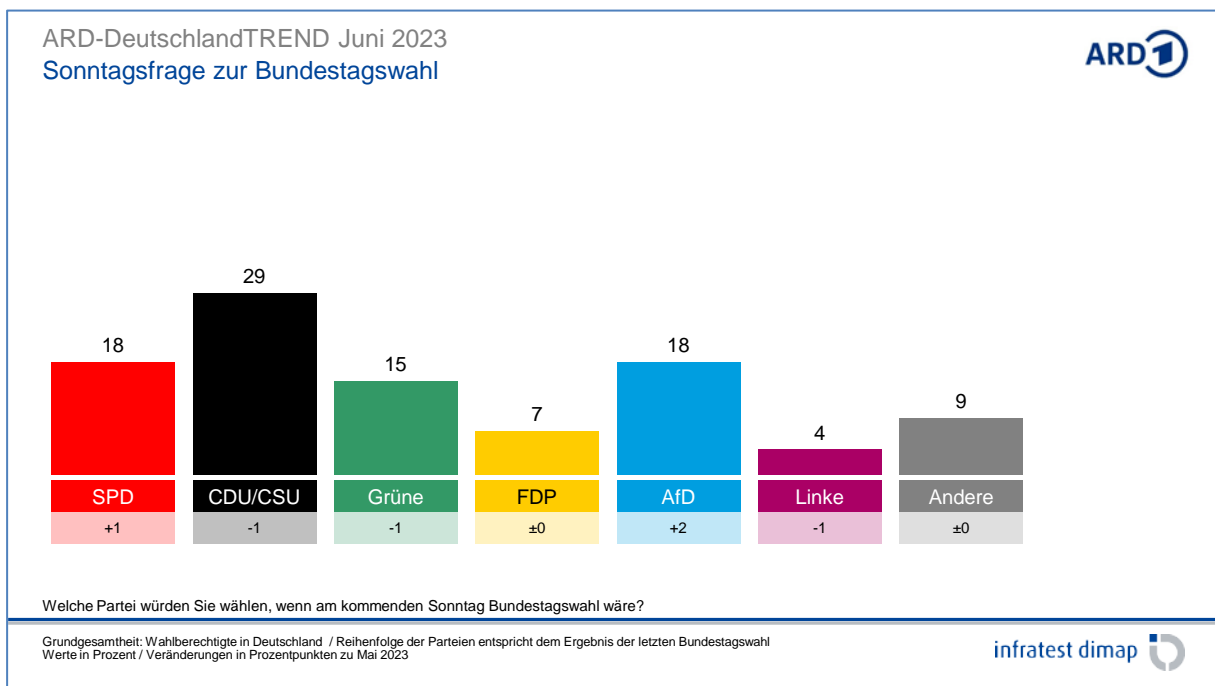
Kritik an Lage der Wirtschaft, gewachsene Unzufriedenheit mit eigener Situation

Eine neue Bewährungsprobe für das Berliner Drei-Parteien-Bündnis könnte die wirtschaftliche Entwicklung werden. Die Situation der deutschen Wirtschaft wird von den Bundesbürgern zwar trotz rezessiver Tendenzen besser bewertet als im vergangenen Herbst, das kritische Urteil überwiegt jedoch mit gut zwei Dritteln (69:29 Prozent) nach wie vor deutlich. Zugleich beeinträchtigt die hohe Inflation die wirtschaftliche Stimmung der Deutschen sichtbar. Ein Drittel der Wahlberechtigten bezeichnet die persönliche wirtschaftliche Lage aktuell als weniger gut bzw. schlecht (34 Prozent; +5 zu Juli 2022), der bislang höchste Wert im seit 1997 bestehenden ARD-DeutschlandTREND.



Sonntagsfrage: AfD mit Höchststand und gleichauf mit der SPD

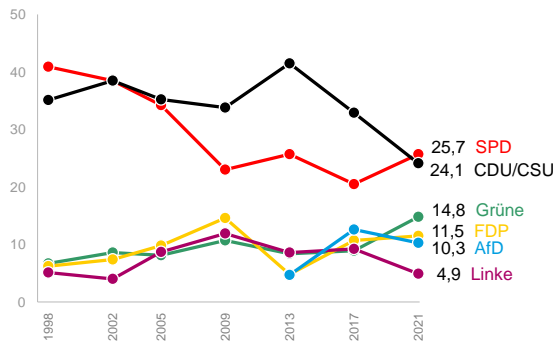
In der bundespolitischen Stimmung bleibt die CDU/CSU weiter mit großem Vorsprung vorn. Die CDU/CSU käme aktuell bei einem Wahlgang auf 29 Prozent und liegt damit nur leicht schlechter als im Vormonat (-1). Die SPD legt im gleichen Umfang zu und käme auf 18 Prozent (+1). Ebenfalls 18 Prozent hätte die AfD in Aussicht, die sich damit um 2 Punkte verbessert. Die Grünen büßen im Monatsverlauf leicht ein und kämen aktuell auf 15 Prozent, für sie das schlechteste Umfrageergebnis im ARD-DeutschlandTREND seit September 2021. Die FDP würde weiter 7 Prozent erzielen. Die Linke würde mit 4 Prozent (-1) wieder leicht schlechter abschließen als vor einem Monat. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent (+/-0).



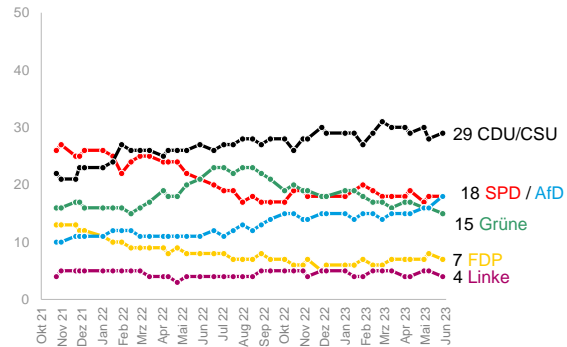
ARD-DeutschlandTREND Juni 2023
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



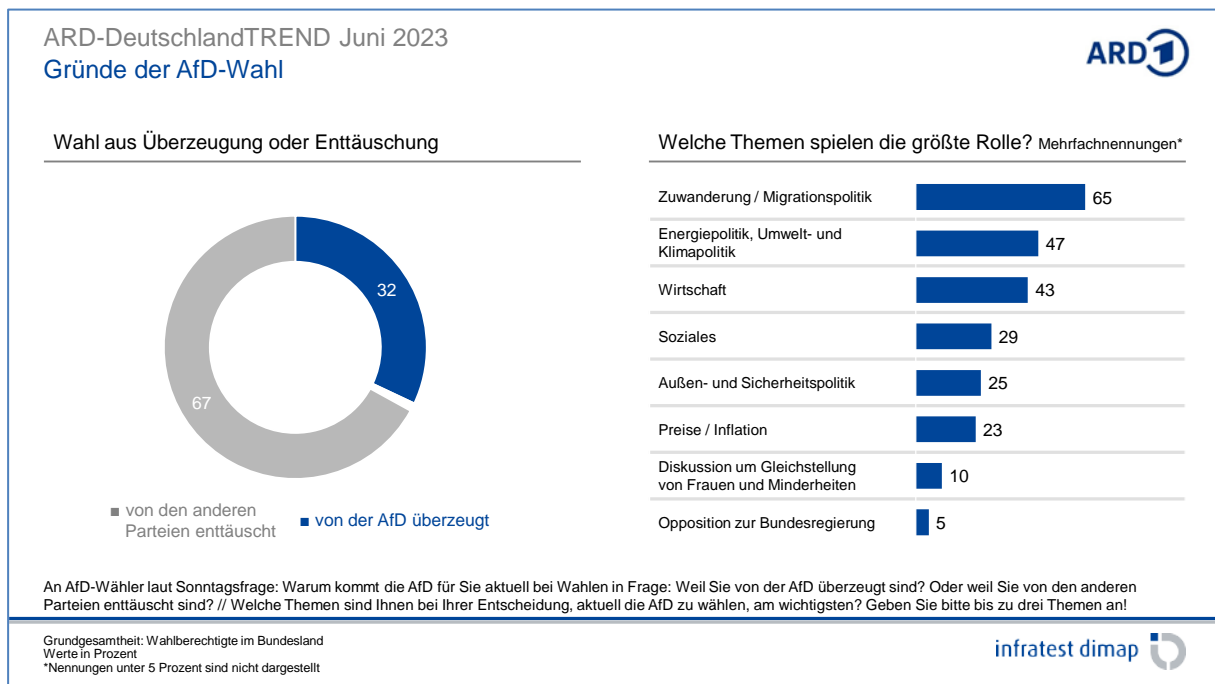
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

AfD-Präferenz: einwanderungskritische Haltung am wichtigsten

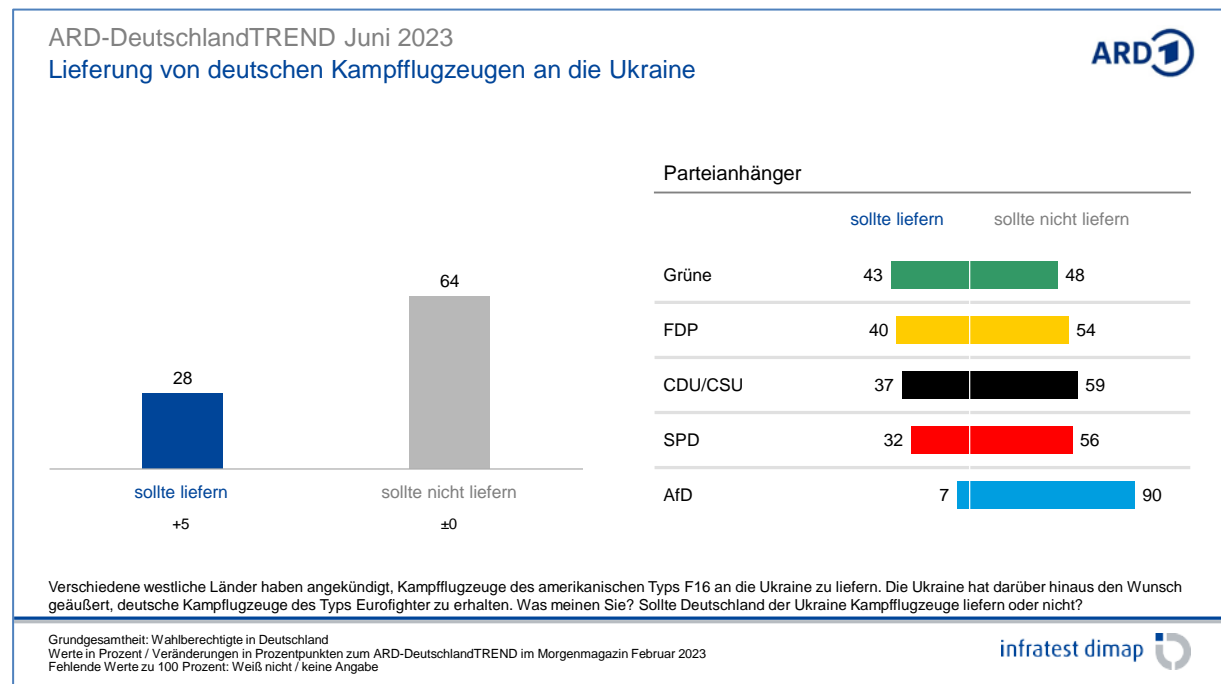
Die AfD erreicht mit 18 Prozent ihren bislang höchsten Wert in der Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTREND.² Thematisch begründen zwei Drittel der AfD-Anhänger ihre Parteipräferenz in erster Linie mit der Zuwanderung (65 Prozent). Einwanderungskritische Haltungen haben damit mit Abstand den größten Stellenwert für die AfD-Anhänger. Für 47 Prozent sind die aktuellen Debatten um Umwelt, Klima- und Energiefragen von Bedeutung, für 43 Prozent Wirtschaftsfragen. Die Mehrheit ihrer Anhänger gibt an, sich aktuell vor allem aus Distanz und Enttäuschung gegenüber den anderen Parteien für die AfD zu entscheiden (67 Prozent). Ein Drittel (32 Prozent) begründet die eigene Präferenz für die Partei damit, der AfD näher zu stehen und von ihr überzeugt zu sein.



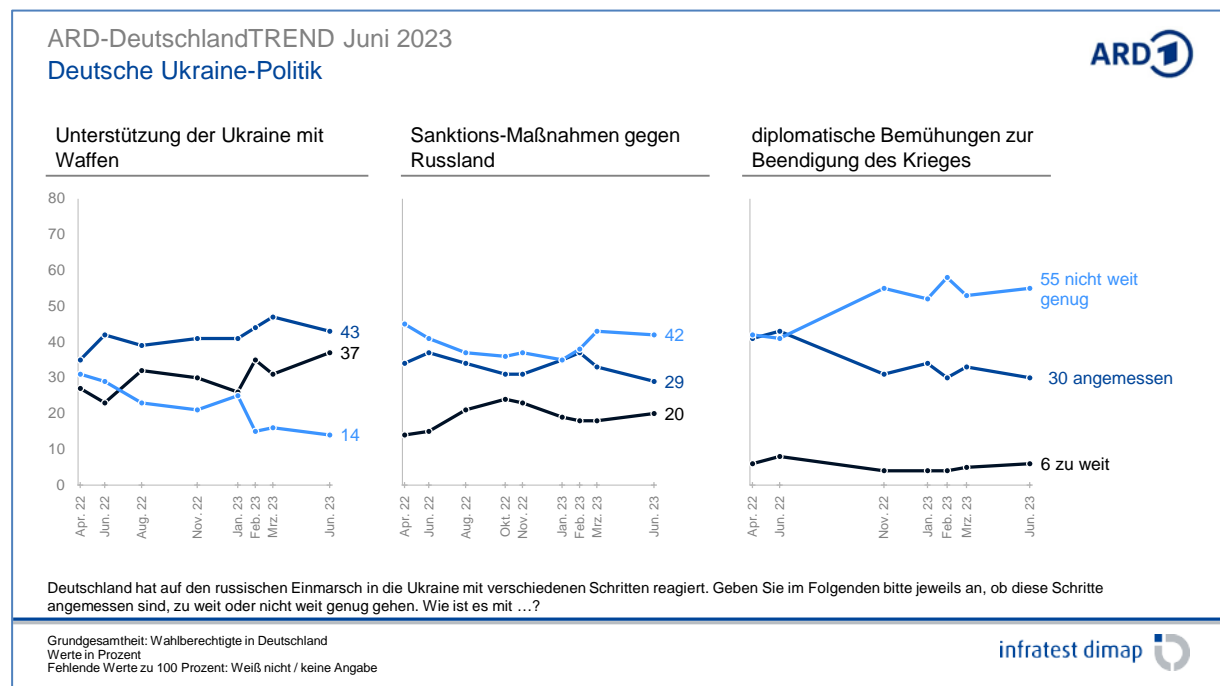
² Letztmalig erreichte die AfD im September 2018 in der Erhebung für das ARD-Morgenmagazin diesen Wert.

Ukraine-Krieg: weiter Mehrheit gegen Lieferung deutscher Kampfflugzeuge

Im Umfeld des G7-Treffens im japanischen Hiroshima haben zuletzt mehrere westliche Länder, darunter auch die USA, angekündigt, Kampfflugzeuge des amerikanischen Typs F16 an die Ukraine liefern zu wollen. Zugleich hat die Ukraine auch den Wunsch nach deutschen Kampfflugzeugen vom Typ Eurofighter geäußert. Die Haltung der Bundesbürger zur Lieferung deutscher Kampfjets ist allerdings unverändert ablehnend. Nur gut jeder Vierte (28 Prozent; +5 zu Februar) spricht sich für deren Bereitstellung aus, nach wie vor sind zwei Drittel (64 Prozent; +/-0) dagegen. Bei den Anhängern der Grünen halten sich Zustimmung und Ablehnung derzeit etwa die Waage. In den Reihen der übrigen Parteien überwiegt dagegen die Ablehnung.



Der unveränderten Zurückhaltung gegenüber der Weitergabe von Kampfflugzeugen an die Ukraine entspricht, dass nur wenige Bundesbürger den erreichten Stand bei den deutschen Waffenlieferungen als nicht weitgehend genug betrachten (14 Prozent; -2 zu März). Für vier von zehn (43 Prozent; -4) ist Ausmaß und Qualität vielmehr angemessen, einem Drittel (37 Prozent; +6) gehen die Waffenlieferungen der Bundesrepublik zu weit. Die Haltung der Deutschen zur Unterstützung der Ukraine mit Waffen fällt damit wieder etwas zurückhaltender als noch vor drei Monaten. Geblieben ist das eher kritische Urteil zu den diplomatischen Bemühungen Deutschlands. Gut der Hälfte (55 Prozent; +2) gehen diese nicht weit genug. Kaum verändert hat sich ebenso die Einstellung zur Sanktionspolitik. Für fast der Hälfte (42 Prozent) sind die bestehenden Sanktionen gegen Russland ausbaufähig.



ARD-DeutschlandTREND Juni 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Ellen Ehni / Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.302 Befragte (776 Telefoninterviews und 526 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinne- rung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. bis 31. Mai 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0